



Interpellation Nr. 368 2000/2004

Eingang Stadtkanzlei: 23. März 2004

Politische Schulung – eine neue Aufgabe der Stadtregierung?

Am 28. März stehen in der Stadt Wahlen an. Anlass für den hiesigen Verwaltungsapparat, ebenfalls in ihrem Sinne tätig zu sein. Dabei hat sie eine neue Aufgabe für sich entdeckt, um zu beweisen, wie notwendig und nützlich und segensreich doch ihr Wirken ist, und wie eigentlich nach wie vor unterdotiert sie ist. So hat sich also die städtische Dienstabteilung „Kinder und Jugend“ bzw. das von ihr orchestrierte Jugendparlament bemüssigt gefühlt, zusammen mit der Juso, den Jungen Grünen und Radio 3fach in der „Kultursubventionsverschleuderungseinrichtung“ namens Boa eine „Vote-in-Party“ am 5. März 2004 abzufeiern, wo man in einer bereitgestellten Urne sein angeblich bereits ausgefülltes und verschlossenes Wahlcouvert einwerfen konnte, dafür mit einem reduzierten Eintritt von CHF 10.00 statt CHF 15.00 belohnt wurde, um anschliessend mit Wahlkampfpropaganda der linken und grünen Parteien gefüttert zu werden. Beim Jugendparlament handelt es sich um eine staatliche Einrichtung, deren Organisation und Administration durch die Stadt Luzern, also durch städtische Angestellte erfolgt. Die SVP nimmt mit Unmut zur Kenntnis, dass das Jugendparlament sich aktiv parteipolitisch in den Wahlkampf einmischt. Es überrascht die SVP aber nicht, dass diese Unterstützung des Jugendparlamentes sich ausschliesslich zu Gunsten der Jugendlisten der beiden Linksparteien beschränkt.

Jeder Altersgruppe ihren Anlass. Ganz nach dem Motto: „Früh muss beginnen, was leuchten soll im Mutterland“, darf in Luzern die politische Bildung auch nicht vor der Primarschule Halt machen, weshalb folgerichtig das Kinderparlament, bzw. die entsprechende städtische Dienstabteilung, einen Parteienparcours veranstaltete.

Die SVP befremdet sehr, dass die hiesige Stadtregierung sich Methoden erinnert, die sehr wohl bekannt sind, aber die SVP eigentlich glaubte, diese gehörten einer vergangenen Zeit und anderen europäischen Breitengraden an.

Dass mit dem Jugend- und Kinderparlament die städtische Dienstabteilung „Kinder und Jugend“ sich aktiv und einseitig in den Wahlkampf einmischt, kann von der SVP der Stadt nicht akzeptiert werden. So muss angenommen werden, dass mit Steuergeldern entlohnte Angestellte während ihrer Arbeitszeit sich mit der Organisation dieser Wahlanlässe beschäftigten.

- Ist die Annahme der SVP richtig, dass sich städtische Angestellte mit der Organisation dieser Wahlanlässe (JUSO/JGB „Vote-in-Party“ und Parteienparcours) während ihrer Arbeitszeit beschäftigten?
- Wie steht der Stadtrat zur Tatsache, dass das Jugendparlament bzw. Kinderparlament parteipolitisch einseitig Wahlkampf betreibt?
- Der Wahlkampf Anlass „Vote-in-Party“ wurde in der staatlich subventionierten Boa-Liegenschaft durchgeführt. Mussten die Organisatoren der Boa einen Mietzins für die Benutzung der Räumlichkeiten bezahlen?
- Gehört es zu den Aufgaben eines schweizerischen Gemeinwesens, Kinder politisch zu indoktrinieren?
- Wäre es bei der nächsten „Vote-in-Party“ vielleicht nicht ehrlicher, einen grossen Tisch aufzustellen, wo dann die Jugendlichen im Kollektiv ihrem Stimmrecht nachgehen können, assistiert von Beamten der städtischen Abteilung „Kinder und Jugend“, um sicherzustellen, dass die richtigen Listen zur Hand genommen werden bzw. bei einer Sachabstimmung am richtigen Ort Ja bzw. Nein hingeschrieben wird?

René Kuhn
namens der SVP-Fraktion